

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 10

Artikel: Einge Aussichten für den afrikanischen Kontinent (Afrikadebatte zweiter Teil)
Autor: Imfeld, Al
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390083>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• Befreiung aus der Grossfamilie

Die Menschen müssen weggehen können, um im Ausland auf Distanz zur Grossfamilie zu gehen, um ein klein wenig hoch zu kommen, ohne familiär «geplündert» zu werden; um nicht dauernd angebettelt zu werden, falls man etwas einnimmt; um den Verlust jeglicher Initiative zu verhindern, die die Folge der dauernden familiären Abgabebelast ist. Um vom Potlatch-System wegzukommen, um etwas sparen zu können, um «mittelklassig» zu werden, um etwas für sich selbst auf die Seite zu legen, muss eine neue Grundlage her.

In diesem Zusammenhang beginnen wir, eine neue Seite der alten afrikanischen Liebe zur Migration zu ahnen. Es ist wahrscheinlich, dass schon früher ein Mensch von zu Hause weg musste, um etwas vom eigenen Selbst zu verwirklichen, um etwas innovativ leben zu können und wirtschaftlich etwas eigenständig zu werden.

Das aber heisst: Durch die grossen territorialen Wanderungen bedingt, kann es auf dem Kontinent kein Bürgerrecht geben, das auf einem (heutigen) Staat basiert. Afrika sollte deshalb früher als andere Kontinente oder Grossräume der Welt zu einem Kontinentalpass übergehen. Man könnte daneben ruhig den Ausweis für einzelne Länder lassen. Doch höher stünde der Afrika-Pass. Diese Forderung ist gewagt, doch man könnte sie wenigstens sachlich überlegen.

Was steht dem eigentlich entgegen? Geld, das heisst Einnahmen für den Staat. Die EuropäerInnen machen es auch so. Doch man soll nicht Dummheiten nachahmen. Warum müssen die Ländervertretungen (Diplomatie) noch immer das sein, was sie im 19. Jahrhundert waren? Gibt es denn nichts Gescheiteres, als Pässe und Visen auszustellen?

Man könnte auf dem Stolz zum gleichen Kontinent aufbauen, langsam zu einem realistischen Panafrikanismus kommen und feststellen, dass dieser

Al Imfeld

Einige Aussichten für den afrikanischen Kontinent

(Afrikadebatte zweiter Teil)

Das lange Gespräch in der Septemberrnummer über die jüngste Geschichte Afrikas mit Al Imfeld und Joe Elsener hatte einen etwas pessimistischen Grundton. Und tatsächlich wird es an manchen Orten wohl Generationen dauern, bis die Folgen von Kolonialismus, Kriegen und Ausbeutung einiger-massen überwunden sind. Als Ergänzung dazu hat Al Imfeld den Versuch gemacht, die am Schluss des Gesprächs noch angedeuteten Möglichkeiten für eine bessere Zukunft der afrikanischen Länder etwas ausführlicher darzustellen.

Imfeld entwirft die Vision eines Kontinents, der durch eine starke und positiv bewertete innere Migration und den pragmatischen Umgang mit nationalen Grenzen entlang alter oder auch kolonialer Handelsregionen einen eigenen Weg gehen kann. Die Einführung eines afrikanischen Passes wäre dabei nicht die kleinste Errungenschaft für den Frieden.

Kontinent weder nur schwarz noch weiss noch arabisch etc. ist.

Wir brauchen unbedingt etwas, das Rassismus übersteigen kann, also eine Stufe, die höher liegt als bloss die Hautfarbe. Aber wenn die innerafrikanische Migration derart gefördert würde, steigt auch die Angst vor einem noch grösseren Exodus aus den armen und ärmsten Gegenden. Würden dann nicht zu viele Menschen nach Südafrika oder (bis vor kurzem) nach Zimbabwe ziehen? Damit stossen wir aufs ökonomische Grundproblem Afrikas.

Dringend müsste auch an Ansätzen für ein Sozialversicherungssystem, eine Altersversorgung, eine Krankenkasse gearbeitet oder darüber nachgedacht werden. Die Problematik des Grossfamilienklüngels kann nur über minimale andere Absicherungen gelöst werden.

Das ist eine Jahrhundertaufgabe, aber sie müsste *heute* begonnen werden. Dem UNO-Sozialrat müsste ein Anmahnungsrecht gegeben werden.

Afrikanische Staatsform, afrikanische Demokratie

Afrika südlich der Sahara muss ein eigenes demokratisches System entwickeln. Es wird ein Hybrid, also eine Mischung sein. Afrika kann nicht einfach von irgendwo im Westen Politik kopieren.

Bewaffnete Konflikte werfen den Kontinent immer wieder zurück. Hier ein Bild aus dem Kongo (Foto: The Economist).



Es kann nicht einfach ein Zweiparteiensystem sein, es kann nicht das britische Modell der Monarchie sein, und es kann nicht der französische Zentralismus sein. Was es auch immer sei, müssen afrikanische DenkerInnen und PolitikerInnen selbst entwickeln. Es muss ein System sein, in dem Minderheiten und Oppositionelle Platz haben; es wird ein System sein, in dem die Frauen von Beginn weg wichtig, ja sogar zentral sind.

Eigentlich müssten afrikanische Staaten stets zwei PräsidentInnen haben, alternierend, obwohl gleichzeitig, sich abwechselnd im Stichtentscheid. Die zwei Personen an der Spitze hätten eine Frau und ein Mann zu sein – gewählt auf fünf Jahre.

Das klingt wohl revolutionär, doch es könnte einmal versucht werden. Wir haben momentan zwei Regierungen mit einem Doppelpräsidenten in Kenya und Zimbabwe. Doch das kann es wohl noch nicht sein, denn wir haben eine Verdoppelung der Ministerien und der Privilegien. In Liberia mit einer Frau an der Spitze sieht die Zukunft realistischer aus.

Das Militär hat definitiv in den Hintergrund zu treten. Die Trennung zwischen Militär und Zivilgesellschaft muss klar sein, das heisst das Militär darf niemals für interne Ordnungsaufgaben eingesetzt werden. Die Polizei darf auf keinen Fall bestechlich sein, und sie soll halb männlich, halb weiblich sein und auch sozial geschult werden.

Die Ordnungskräfte müssten aber auch grundsätzlich neu überdacht werden. Afrika braucht eine andere Polizei als etwa die USA. Afrikas Militär könnte ohne Bedrohung der Sicherheit um 80 Prozent gekürzt werden. Der Staat müsste jedoch Aufgaben schaffen, um Arbeitsplätze zu halten. Doch rein wegen der Arbeitsplätze Militär zu halten, bedeutet wahrlich, den Teufel per Beelzebub auszutreiben. Afrika benötigt sukzessive die Entwicklung eines eigenen

Rechtssystems. Dieses Rechtssystem kann für Afrika weder das Römische Recht noch die Scharia sein. Dieses kommende Recht wird gemischt, respektive hybrid sein.

Um langsam, langsam aus der Korruption und der familiär erpresserischen Klüngelei herauszukommen, braucht es ein übergeordnetes Sozialsystem. Weder IWF noch Weltbank können dabei Vorbild sein, da sie «amerikanisch» dem Geiste nach sind und also ohne Interesse am Sozialen und sogar – wie ihre Strukturanpassungsprogramme zeigten – verbrecherisch handeln. Dennoch müsste es Institutionen geben oder aufgebaut werden, die finanziell beistehen.

Vielleicht beginnt man auf Gemeindebene. Da könnten dann sogar NGOs einsteigen. Vielleicht orientieren sich kirchliche Hilfswerke langsam mehr in diese Richtung – statt immer nur die Kinder ins Zentrum zu stellen, um zu mehr Spendengeldern zu kommen.

Sprachenvielfalt und einheitliche Sprachen

Der Kolonialismus schuf ein übergeordnetes System und hielt Gegenden wie Nigeria mit 412 Völkern mit London als neuem Haupt zusammen. Jede afrikanische Kolonie, ob nun Elfenbeinküste oder Tanzania, ob das kleine Benin oder sogar das winzige Guinea-Bissau umfasst mehrere Völker. Als die Kolonie verschwand, fehlte ein neuer Staat und noch mehr eine Nation. Die Zeit zum Nation-Building war nicht nur viel zu kurz, sondern auch tatenlos geblieben. Man fiel zurück – nicht zur Kolonie, sondern zum Stamm, einer Fiktion im Kopf, was eine sprachliche Fiktion blieb, denn längst waren die Völker durchmischt. Es gab eine gemeinsame kleine lokale Sprache, aber nicht eine Blutsverwandtschaft.

Nun muss dies wieder bewusst und politisch zerrissen werden. Ibos sind Ibos nicht wegen der Blutsverwand-

schaft, sondern wegen einer Sprachgeschichte, die das Band der Gemeinsamkeit ausmachte.

Man soll nicht für die Förderung der Lokalsprache abstrakt oder ideologisch eintreten, um eine relativ kleine Einheit zu fördern, bevor nicht ein grösseres Ganzes zusammenhält. Die Kolonialsprachen haben für den Übergang zur Entstehung eines Staates ihre Bedeutung und Berechtigung.

Lokalsprachen mögen wie Dialekte beibehalten, aber nicht zur Vereinheitlichung und Weiterentwicklung von Staaten benutzt werden. So wollen es auch die Völker, die es gar nicht stört, dass in der Schule Englisch, Französisch oder Portugiesisch unterrichtet wird.

Schreiben in der eigenen Sprache hat vorderhand keine Dringlichkeit. Gerade die SchweizerInnen können die Lage bestens verstehen, auch für sie ist solches Nebeneinander kein unüberwindbares Problem.

Eine Forderung zum Erhalt oder zur Förderung gewisser Sprachen ist verdächtig, sobald sie von aussen kommt. Denn viele einheimische Sprachen sind belastet etwa durch Apartheidpolitik mit dem Zwang zu Stamm und Sprache und den daraus resultierenden Folgen (etwa Bantustans). Afrika wünscht sich endlich den Anschluss an die Welt.

Man schliesst besser bestimmte Landesgegenden oder benachbarte Teile zu einem Unionsstaat zusammen. Es sollten jedoch Teile aus derselben kolonialen Tradition, also entweder anglo- oder frankophone Teile sein. Es wird sofort klar, dass es kaum im lusophonen Raum geschehen kann, denn Mocambique und Angola liegen zu weit auseinander. Es könnten aber die Kleinstaaten Guinea-Bissau, die Kapverdischen Inseln und Sao Tome e Principe sein.

Staatsgrenzen und regionale Zusammenarbeit

Die vom Kolonialismus gesetzten Grenzen können nicht rückgängig gemacht

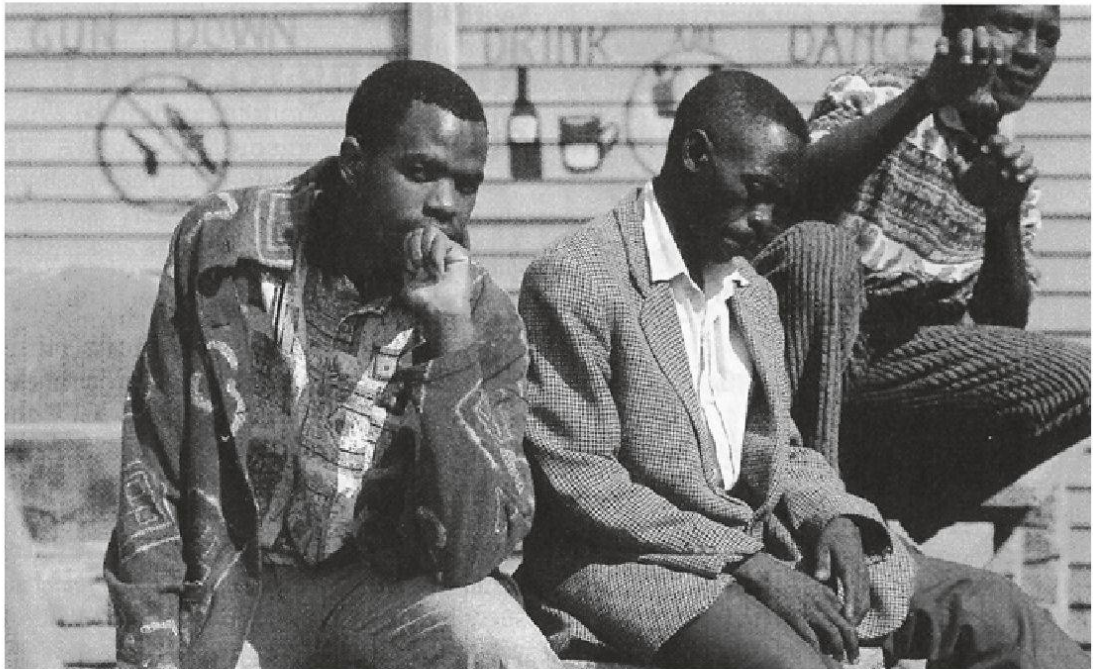
werden, ohne alles auseinanderfallen zu lassen. Immer wieder meinen Gutgläubige und Westliche, man müsse zurück zum Beginn und daher die kolonialen Grenzen auflösen. Diese Forderung ist jedoch unerfüllbar, denn erstens waren die vorkolonialen Grenzen ganz andere Grenzen als heute, und zweitens würde ganz Afrika auseinanderfallen und chaotisch werden. Man geht besser von da weiter, wo wir heute stehen.

Sezessionen mit und durch Krieg oder Zwist müssen mit allen Mitteln vermieden werden. Man denke an die Schrecken eines Biafra-Kriegs zurück. Es gibt noch andere unerfreuliche Bei-

nerafrikanische und regionale Diplomatie denken, das heißt es muss Institutionen geben, die einzelne Regionen miteinander ins Gespräch bringen und in denen verhandelt werden kann.

Afrikas Menschen müssen überlegen, was die koloniale Freizügigkeit bedeutete. Es war eigentlich eine Handelsfreiheit, basierend auf einer gemeinsamen Sprache, etwa zwischen dem heutigen Nordnigeria und Niger (Hausa und Fulani). Das heißt aber nicht, dass sie einst so wie ein Staat zusammengehörten. Das wäre eine westliche Projektion. Die Vergangenheit hatte ganz stark eine pragmatische Basis: die Freizügig-

Keine Aussicht auf Arbeit. Erwerbslose Südafrikaner warten auf eine Anstellung (Bild: The Economist).



spiele wie Somalia oder Eritrea. Manches Unheil hätte wohl vermieden werden können, hätte man die belgische Kolonie Ruanda-Burundi zusammen gelassen. Durch ein Zweistaatensystem war von Anfang an das Augenmerk auf die vermeintlichen Völker Hutu und Tutsi gerichtet.

Trennungen oder Separation, die auf Ideologie (meistens Rassismus) basieren, darf es auf keinen Fall geben. Eine Opposition ist kein Grund zu einem neuen Staat.

Das heutige Afrika muss an eine in-

keit zwischen Märkten. Genauso wie etwa das Suaheli den ostafrikanischen Markt formte, zusammenhielt und erleichterte, so etwa das Hausa die Region am Niger. Eine weitere Verbindung gab es zwischen Senegal bis nach Kamerun durch das Vieh der Peul oder Fulani. Auch das war eine Weide- und Markteinheit. Solche Einheiten und Grundlagen müssen gesucht werden, nicht Ideologien, auf denen dann die Politik basiert.

Laut UNCTAD-Studien haben alle 54 afrikanischen Länder zusammen etwa

12000 Zoll- und Gebührenschränken. Dieser gilt es ledig zu werden, lange bevor es um die WTO Forderungen geht. Afrikanische Regierungen treten immer wieder an internationalen Konferenzen grossmäulig für den Abbau westlicher Zoll- und Importschranken auf, derweil sie unter sich total blockiert sind und es mit solchen Verhältnissen nie zu einem innerafrikanischen Handel kommen kann.

Es gibt heute immer mehr regionale Probleme; Fragen zwischenstaatlicher Art, etwa bei Wasser oder Strassen, Elektrizitätsleitungen oder auch Fluglinien. Heute bestehen beinahe keine Instrumentarien, solche Aufgaben unter sich und nachbarschaftlich zu lösen, billig, ohne Korruption und Spesenrechnungen. Das alte Palaver muss endlich nicht nur mythisch gepriesen, sondern auch auf dieser Ebene praktiziert werden.

Infrastruktur

Afrika braucht eine radikale Weiterentwicklung der Grundstrukturen. Energieversorgung, Strassensysteme, öffentlicher Verkehr und Kommunikationssysteme sind primär das, was unter Entwicklung grundsätzlich zu verstehen ist.

Die Welt und auch die Religionen müssen sich endlich bewusst werden, dass es bei Entwicklung nicht um kleine Projekte geht, sondern um die Errichtung neuer Grundlagen, um den Bau von Strassen, Eisenbahnen und Flughäfen. Der Kontinent braucht eine Elektrifizierung.

Das heutige Afrika benötigt dringend eine geplante Stadtentwicklung; Angesichts der riesigen Probleme mit der Verstädterung hat nicht die landwirtschaftliche Infrastruktur Priorität. Bereits leben etwa 60 Prozent der Menschen südlich der Sahara in Städten. Diese Städte sind jedoch völlig ungeplant, ohne jegliche Vorstellung für die Zukunft entstanden, wie Krebsgeschwüre.

Und da die Stadt auswuchert, hat der

Stadtrand Priorität in der Entwicklung. Das ist ganz neu: das Augenmerk auf den Stadtrand. Die Entwicklung im Zentrum ist gelaufen und kann nur indirekt und langsam erneuert werden. Der Stadtrand braucht zunächst eine sich an den Verhältnissen orientierende bauliche Planung. Gleichzeitig muss eine Integration von landwirtschaftlichen Anbaustrukturen in die Stadtränder gelingen, Hortikultur und Agroforst.

Man nehme sich ein Vorbild und lasse sich von Hongkong anspornen, wo bis zu 30 Prozent der Gemüsekultur (und die ChinesInnen essen sehr viel Gemüse) auf den Balkonen und Fenstersimsen angebaut werden.

Es muss Raum für Märkte geben, denn einerseits lieben AfrikanerInnen Märkte und andererseits formen Märkte Gemeinschaften. Auch Bäume und Sträucher sind wichtig.

Zudem braucht eine afrikanische Grossstadt öffentlichen Verkehr. Stadtrand und Zentrum müssen leicht und billig erreichbar sein. Man muss an eine Subway oder S-Bahn denken, denn der chaotisch gewordene innerstädtische Verkehr kann nur so etwas gezähmt werden.

Wer Prioritäten setzt, humaner werden will, der kann seelenruhig auf den Rüstungswahnsinn verzichten und hat genug Geld für diese Aufgaben. Zudem würde der Bau solcher Infrastruktur Tausende von Arbeitsplätzen schaffen. Die Lokalregierung müsste bestimmte Bedingungen aushandeln, nämlich dass ausländische Grossfirmen lokale Baufirmen aufbauen. Dasselbe gilt für Strassenbau oder Elektrizitätsleitungen.

Umgang mit Geld

AfrikanerInnen investieren nicht zuhause. Selbst das Geld der Reichen liegt im Ausland. Wie bringt man Geld zurück nach Afrika? Das ist eine zentrale Frage. Ist es nicht ein Irrsinn, wenn AfrikanerInnen ihr Geld (vielleicht we-

gen dem Familiensystem) ins Ausland bringen und die selben mehr Entwicklungshilfe fordern. Heisst das nicht, dass sie selbst Entwicklungsgeld als Verschleissgeld betrachten? Es bräuchte wohl dafür ein anderes Banksystem.

Das Heimbringen von Geld und Personal gehören zu den wichtigsten Bedingungen einer Wende der Entwicklung. Die meisten AfrikanerInnen mit einem Lehr- oder Universitätsabschluss befinden sich entweder in den USA, in Kanada, Grossbritannien oder Frankreich. Diese werden ohne ein anderes, das heisst besseres Lohnsystem nicht zurückkehren. Also müssten die Löhne an Spitälern und Universitäten massiv aufgebessert werden.

Doch wie und woher kommt das Geld im Übergang? Parallel dazu hat sich ein Kleingewerbe zu entwickeln. KMU könnten aus dem Boden schiessen. Dazu muss ein Kleinkreditsystem entwickelt werden.

Kredite sind das Blut der Wirtschaft: Da aller Anfang schwer ist, braucht es die Kleinkredite. Selbst Entwicklungsgelder müssten in Zukunft als Kredite gegeben werden. Diese Kredite dürfen nur eine kleine Verzinsung aufweisen, müssen aber zurückbezahlt werden. Sie kommen jedoch nicht in den Westen zurück, sondern werden in einen rotierenden Fonds für andere Projekte gleicher Art eingelegt.

Für Frauen und bescheidene und kleine Leute muss das Tontinesystem aus Westafrika (kollektives Sparen) weiter entfaltet werden. Die Tontine-Teilnehmer dürfen nicht aus dem Clan oder derselben Grossfamilie stammen. Mit Tontine könnte das «familiäre» Klüngelwesen etwas entflochten werden.

Aufklärung, Geschichtsbewusstsein

Afrika südlich der Sahara hat weder eine Aufklärung noch eine Entmythologisierung hinter sich. Mythen haben durchaus ihre Berechtigung in einer Gesellschaft. Doch selbst Afrika kann

nicht ewig von mythisch verzerrten Vorbildern eines Sundjata oder Chaka zehren. Was fruchten Great Zimbabwe oder Timbuktu, wenn nicht ihr Geist aufgenommen wird? Die meisten AfrikanerInnen leben ihrer Kultur gegenüber wie TouristInnen. Es ist unglaublich, wenn nur ein paar Jahrzehnte später Amin, Bokassa, Mobutu, Nkrumah oder selbst Nyerere bloss noch als Mythen und nicht als historische Gestalten und Herausforderung weiterleben.

Weder Mission noch Schulen haben viel zur Aufklärung beigetragen. In der Schule wurde auswendig gelernt, jedoch weder nach- noch überdacht. Man lehrte religiöse, europäische und afrikanische Mythen, jedoch nicht Geschichte. Ein Pressewesen entstand im kirchlichen Bereich kaum. Afrika braucht Institutionen und Initiativen, die in der Bevölkerung ein Bewusstsein der eigenen Geschichte und historisches Denken verankern.

Versöhnungsarbeit

Um verschiedene soziale Spannungen (meist historisch bedingt) etwas zu lindern oder um Verbrechen der Vergangenheit aufzuarbeiten, braucht jedes Land seine Vermittlungs-, Friedens- oder Versöhnungskommission.

In Zukunft sollten Religionen viel mehr auf diesem Sektor tätig werden und ihr Personal in dieser Richtung vermehrt ausbilden. Bischof Tutu von Südafrika könnte trotz seiner eigenen menschlichen Grenzen ein leuchtendes Vorbild sein.

Bischöfe der Zukunft sollten endlich andere als kirchenrechtliche Aufgaben erfüllen. Sie sollten loskommen vom Dasein eines Schosshundes des Vatikans oder der Canterburys. ●